

K1 Antrag zum Beschluss des Koalitionsvertrags

Antragsteller*in: Kreisvorstand (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Kreisverband Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: 3.2. Beschluss zur zukünftigen
Zusammenarbeit im Römer

Begründung der Dringlichkeit

Erfolgt mündlich

Antragstext

1 Die Sondierungskommission hat im Auftrag der Kreismitgliederversammlungen vom
2 18.03. und 29.04.2026 gemeinsam mit den Vertreter*innen von CDU, SPD und Volt
3 einen Koalitions- und Kooperationsvertrag für die Stadtregierung Frankfurts für
4 die Jahre 2026 bis 2031 ausgehandelt und legt ihn heute vor.

5 Als zweitstärkste politische Kraft in Frankfurt haben wir einen starken Auftrag
6 der Frankfurter*innen, die Stadt weiter mitzugestalten: ökologisch, sozial,
7 gerecht und zukunftsfähig. Der vorliegende Koalitions- und Kooperationsvertrag
8 schafft dafür eine solide Grundlage. Er enthält zahlreiche grüne Projekte und
9 Zielsetzungen und sichert wichtige Zuständigkeiten im Magistrat für drei grüne
10 Stadträt*innen.

11 Die GRÜNEN erhalten die Zuständigkeiten für

- 12 • **Soziales, Gesundheit**
- 13 • 51 Jugend- und Sozialamt
- 14 • 53 Gesundheitsamt
- 15 • 57 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- 16 • 58 Stabsstelle Unterbringungsmanagement und Geflüchtete

- 17 • 59 Drogenreferat
- 18 • **Klima, Umwelt, Frauen**
- 19 • 11C Frauenreferat
- 20 • 67 Grünflächenamt
- 21 • 78 Palmengarten
- 22 • 79 Umweltamt
- 23 • 79A Klimareferat
- 24 • 79B Stabsstelle Sauberes Frankfurt
- 25 • **Diversität, Antidiskriminierung**
- 26 • 15 Amt für multikulturelle Angelegenheiten
- 27 • 15A Geschäftsstelle der (KAV)
- 28 • Stabsstelle Antidiskriminierung
- 29 • Stabsstelle Inklusion
- 30 • **35 Frankfurt Immigration Office**
- 31 • **Immobilien, Bauen**
- 32 • 25 Amt für Bau und Immobilien
- 33 • **54, 55A Kliniken**
- 34 • **Koordinierungsstelle Fair Trade**

35 Daraus folgt auch, dass die Bürgermeisterin und zwei grüne Stadträt*innen am 25.
36 Juni 2026 abgewählt werden müssen. Die Mitgliederversammlung fordert folglich
37 die Fraktion der GRÜNEN im Römer auf, den Abwahanträgen für die Bürgermeisterin
38 Dr. Nargess Eskandari-Grünberg und die Stadträte Dr. Bastian Bergerhoff und
39 Wolfgang Siefert zuzustimmen.

40 Mit diesem Vertrag übernehmen die GRÜNEN Verantwortung für Frankfurt. Wir
41 leisten unseren Beitrag dazu, dass Frankfurt eine lebenswerte Stadt bleibt und
42 den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich begegnen kann.

43 Die Mitgliederversammlung möge daher beschließen, dem am 11. Juni 2026
44 vorgelegten Koalitions- und Kooperationsvertrag zwischen CDU, SPD und Volt für
45 die Stadtregierung Frankfurts in der Wahlperiode 2026 bis 2031 zuzustimmen.

Inhaltliche Begründung

Erfolgt mündlich